

SVR-ASM: Befragung der Richterinnen und Richter 2024

Auswertung

- Mit E-Mail vom 6. August 2024 an möglichst alle Richterinnen und Richter in der Schweiz (also nicht bloss Vereinsmitglieder der SVR-ASM) wurden diese gebeten, zu den drei Themenkreisen (1.) Richterwahlen/Parteienproporz, (2.) Amtszeit/Wiederwahl und (3.) Mandatsabgaben ihre Meinung kundzutun.

Die Zielgruppe wurde entweder direkt oder via ihre jeweilige Justizverwaltung angeschrieben; wir gehen von rund 1'250 Empfängerinnen und Empfängern aus.

Die Umfrage erfolgte anonym; es sollten keine Rückschlüsse auf die Person möglich sein. Man konnte entweder online (Link auf eine SurveyMonkey-Umfrage, welche 1x ausgefüllt werden konnte) oder postalisch (Einsenden des Fragebogens) antworten.

Unregelmässigkeiten stellten wir keine fest. Wir halten die Ergebnisse für belastbar, erheben aber nicht den Anspruch, dass unser Vorgehen sämtlichen wissenschaftlichen Qualitätsstandards der Umfragemethodik genügt.

- Die Rücklaufquote war erfreulich: Teilgenommen haben insgesamt **935 Personen** – etwa $\frac{3}{4}$ der Angeschriebenen folgten unserer Einladung; nach Sprachregionen aufgeteilt: 671 = 72% deutsch (d), 226 = 24% französisch (f) und 38 = 4% italienisch (i).
- Was die Antworten betrifft, waren im Allgemeinen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Sprachregionen auszumachen. Ausnahmen sind jeweils vermerkt.

[Zur] Person:

[...] Wir erlauben uns [...], Ihnen zunächst ein paar allgemeine Fragen zu Ihrer Richterprofession zu stellen. Bitte kreuzen Sie an:

- a) In welchem Gebiet sind Sie als Richter/in massgeblich tätig?
- | | | |
|---|---------------------|-------|
| <input type="checkbox"/> Zivilrecht | d 401, f 140, i 18, | ▶ 559 |
| <input type="checkbox"/> Strafrecht | d 379, f 122, i 19, | ▶ 520 |
| <input type="checkbox"/> Verwaltungsrecht | d 165, f 42, i 5, | ▶ 212 |

- keine Angabe d 8, f 1, i 0, ▶ 9

(Mehrfachnennungen möglich)

Rund 2/3 sind im Zivil- und/oder Strafrecht tätig, überwiegend wohl in beiden Gebieten gleichzeitig; etwa 1/3 im Verwaltungsrecht.

b) An welcher Instanz sind Sie massgeblich tätig?

- Erste Instanz d 414, f 139, i 24 ▶ 577
- Zweite Instanz d 239, f 60, i 10 ▶ 309
- Letzte Instanz d 43, f 19, i 2 ▶ 64
- keine Angabe d 10, f 10, i 4 ▶ 24

(Mehrfachnennungen möglich)

Die Antwortenden kommen aus allen Instanzen, rein zahlenmässig überwiegt aus naheliegenden Gründen die erste Instanz. («Letzte Instanz» wurde teils als *kantonal* letztinstanzlich verstanden.)

c) Wie lange ist Ihre Berufserfahrung als Richter oder Richterin resp. in welchem Karrierestadium befinden Sie sich?

- 10 Jahre oder weniger d 204, f 79, i 13, ▶ 406
- mehr als 10 Jahre d 354, f 142, i 24 ▶ 520
- weitere Wiederwahl geplant d 407, f 111, i 11 ▶ 529
- keine Wiederwahl mehr geplant d 60, f 20, i 2 ▶ 82
- keine Angabe d 6, f 1, i 0 ▶ 7

(Mehrfachnennungen möglich)

Der Grossteil steht noch voll im Berufsleben, bei der deutlichen Mehrheit steht noch eine Wiederwahl an.

d) Zu Ihren beruflichen Ambitionen: Planen Sie noch weitere Karriereschritte (Aufstiege) in der Justiz?

- Ja (zumindest denkbar) d 288, f 100, i 9 ▶ 397
- Nein d 311, f 107, i 20 ▶ 438
- keine Angabe d 65, f 18, i 0 ▶ 92

Ungefähr ausgewogen vertreten sind jene, die karrieretechnisch noch Ambitionen haben, und jene, die keine Aufstiege mehr planen.

e) In welchem Pensum sind Sie als RichterIn oder Richter tätig?

_____ %

d	<50%: 51 ▶ 8%	50–99%: 283 ▶ 41%	100%: 349 ▶ 51%
f	<50%: 8 ▶ 3%	50–99%: 83 ▶ 35%	100%: 144 ▶ 61%
i	<50%: 0 ▶ 0%	50–99%: 0 ▶ 0%	100%: 35 ▶ 100%

Die Mehrheit der Antwortenden arbeitet Vollzeit (jene aus dem italienischen Sprachraum sogar ausschliesslich), Teilzeiter(innen) sind aber ebenfalls gut vertreten.

f) Kamen Sie auf Vorschlag einer politischen Partei zur Richterstelle?

<input type="checkbox"/> Ja	d 565 f 122, i 30,	▶ 717
<input type="checkbox"/> Nein	d 95, f 103, i 8,	▶ 206

Rund $\frac{3}{4}$ der Antwortenden kam auf Vorschlag einer politischen Partei zum Amt; in der Romandie liegt der Anteil bei etwa $\frac{1}{2}$.

g) Leisten Sie selber eine Mandatsabgabe («Parteisteuer»)?

<input type="checkbox"/> Ja	d 526+34, f 106+8, i 26,	▶ 700
<input type="checkbox"/> Nein	d 97+55, f 106+4, i 12,	▶ 274

Wiederum knapp $\frac{3}{4}$ entrichtet selber Mandatsabgaben, in der Romandie ist der Anteil wiederum bei etwa $\frac{1}{2}$.

h) Wenn ja, wie hoch ist diese pro Jahr?

<input type="checkbox"/> Fr. 2'000.– oder weniger	d 154, f 45, i 18	▶ 217
<input type="checkbox"/> zwischen Fr. 2'000.– und Fr. 5'000.–	d 186, f 52, i 4	▶ 242
<input type="checkbox"/> zwischen Fr. 5'000.– und Fr. 10'000.–	d 167, f 10, i 0	▶ 177
<input type="checkbox"/> zwischen Fr. 10'000.– und Fr. 20'000.–	d 36, f 6, i 1	▶ 43
<input type="checkbox"/> über Fr. 20'000.–	d 3, f 0, i 0	▶ 3
<input type="checkbox"/> keine Angaben	d 40, f 55, i 6	▶ 101

Jene Richterpersonen, die Mandatsabgaben entrichten, tun dies zu einer überwiegenden Mehrheit in Beträgen bis 10'000 Franken pro Jahr. 6,7%

(46 Personen) liegen darüber. In der Deutschschweiz scheinen die Beträge tendenziell am Höchsten, im italienischsprachigen Raum dagegen vergleichsweise gering: Trotz durchgehend 100%-Pensen bei den Befragten liegen sie dort mehrheitlich bei unter 2'000 Franken.

- i) Sind Sie dann und wann mit politisch brisanten Entscheiden befasst?
- Ja d 349, f 121, i 14 ► 484
 - Nein d 315, f 102, i 24 ► 441 ► Etwa ausgewogen.

I. Richterwahlen / Parteienproporz

Im ersten Teil geht es uns darum zu erfahren, wie Ihrer Ansicht nach Richterstellen besetzt werden sollten.

1. Bereitet es Ihnen Mühe, jemandem zu erklären, weshalb in der Schweiz eine Richterperson üblicherweise einer politischen Partei angehören muss, um gewählt werden zu können?

- Nein d 125, f 38, i 4 ► 167
- Eher Nein d 179, f 69, i 11 ► 259
- Keine Meinung / keine Angabe d 13, f 9, i 6 ► 28
- Eher Ja d 207, f 68, i 12 ► 287
- Ja d 129, f 34, i 3 ► 196

Diese Einstiegsfrage scheint verschieden verstanden worden zu sein (resp. verschiedene Assoziationen geweckt zu haben). Die einen dürften sie so verstanden haben, dass sich die Frage mehr auf ihre persönliche Haltung bezog, die andern eher, ob man überhaupt das Hintergrundwissen dafür besitzt bzw. ob man die richtigen Worte findet, das System faktisch zu erklären. Ja oder Nein wurde entsprechend nicht sehr ausgeprägt geantwortet; beide Lager sind in etwa gleich gross. Klare Schlüsse lassen sich daraus nicht ziehen.

2. Halten Sie es für richtig, dass man bei der Besetzung der Gerichte danach strebt, dass die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Werthaltungen abgebildet werden?

- Ja, das scheint mir wichtig, und es gelingt aktuell auch zufriedenstellend.

d 143, f 30, i 6 ▶ 179

- Das scheint mir wichtig; der Parteienproporz bekommt jedoch zu viel Gewicht.

d 235, f 54, i 10 ▶ 299

- Das scheint mir wichtig; der Parteienproporz ist dafür aber untauglich.

d 133, f 57, i 10 ▶ 200

- Ich bin indifferent in dieser Frage / Keine der Antworten passt für mich.

d 21, f 8, i 1 ▶ 30

- Diesem Anliegen wird eher zu viel Bedeutung beigemessen.

d 94, f 51, i 6 ▶ 151

- Nein, das sollte man gar nicht erst versuchen.

d 26, f 17, i 3 ▶ 36

In Bezug auf die Grundidee, dass man Einfluss darauf nimmt, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen ausgewogen vertreten sind, scheint mehrheitlich Konsens zu bestehen. Das wird deutlich bejaht. Gleichzeitig wird der Parteienproporz als Kriterium von mehr als der Hälfte negativ beurteilt.

3. Bitte geben Sie an, was Sie von den folgenden Aussagen halten:

- a) «Die Richterinnen und Richter der ersten Instanz sollten grundsätzlich nach dem Parteienproporz (Wählerstärke der politischen Parteien im Parlament) gewählt werden.»

Nicht einverstanden d 207, f 128, i 11 ▶ 346

Eher nicht einverstanden d 199, f 57, i 10 ▶ 266

Keine Meinung / Keine Angabe d 21, f 6, i 3 ▶ 30

Eher einverstanden d 150, f 22, i 10 ▶ 182

Einverstanden d 71, f 4, i 2 ▶ 80

Der Parteienproporz wird von einer deutlichen Mehrheit – rund 2/3 – abgelehnt (klar oder eher). Weniger als 1/3 der Befragten würden ihn (klar oder eher) erhalten.

- b) «Die Richterstellen an den oberen Instanzen sollten nach dem Parteienproporz verteilt werden.»

Nicht einverstanden d 179, f 81, i 10 ▶ 270

Eher nicht einverstanden d 192, f 61, i 15 ▶ 268

<input type="checkbox"/> Keine Meinung / Keine Angabe	d 22, f 14, i 6	▶ 48
<input type="checkbox"/> Eher einverstanden	d 72, f 49, i 4	▶ 225
<input type="checkbox"/> Einverstanden	d 84, f 13, i 1	▶ 98

Ähnlich, wenngleich etwas weniger deutlich, zeigt sich dieses Bild für die oberen Instanzen. Auch da lehnen knapp 60% die Anbindung an den Parteienproporz (eher) ab. Etwa 1/3, eine ernstzunehmende Minderheit, scheint das herkömmliche System eher erhalten zu wollen.

c) «Ich habe das Vertrauen, dass parteiinterne Findungskommissionen die Personen nach den richtigen (sachlichen) Kriterien auswählen.»

<input type="checkbox"/> Nicht einverstanden	d 199, f 77, i 10	▶ 286
<input type="checkbox"/> Eher nicht einverstanden	d 223, f 55, i 15	▶ 293
<input type="checkbox"/> Keine Meinung / Keine Angabe	d 47, f 30, i 6	▶ 83
<input type="checkbox"/> Eher einverstanden	d 140, f 39, i 4	▶ 183
<input type="checkbox"/> Einverstanden	d 42, f 16, i 1	▶ 59

Der Auswahlprozess wird kritisch beurteilt. Eine klare Mehrheit (ca. 2/3) bezweifelt, dass die parteiinternen Findungskommissionen die Richterpersonen nach richtigen (sachlichen) Kriterien auswählen.

d) «Das System, wonach die Richterpersonen auf Vorschlag der politischen Parteien gewählt werden, ist aus meiner Sicht kompatibel mit der verfassungsmässigen Garantie der Unabhängigkeit der Justiz.»

<input type="checkbox"/> Nicht einverstanden	d 156, f 51, i 6	▶ 179
<input type="checkbox"/> Eher nicht einverstanden	d 183, f 69, i 11	▶ 263
<input type="checkbox"/> Keine Meinung / Keine Angabe	d 37, f 15, i 4	▶ 56
<input type="checkbox"/> Eher einverstanden	d 178, f 58, i 12	▶ 248
<input type="checkbox"/> Einverstanden	d 130, f 24, i 3	▶ 157

Hier scheinen die beiden Lager in etwa ausgewogen; jedenfalls bringt diese Frage kein klares Resultat hervor.

e) «Die Abbildung der gesellschaftlichen und politischen Werthaltungen sollte anders als mittels Berücksichtigung des Parteienproporzes abgebildet werden.»

<input type="checkbox"/> Nicht einverstanden	d 80, f 13, i 3	▶ 96
--	-----------------	------

<input type="checkbox"/> Eher nicht einverstanden	d 133, f 33, i 4	▶ 170
<input type="checkbox"/> Keine Meinung / Keine Angabe	d 68, f 29, i 6	▶ 103
<input type="checkbox"/> Eher einverstanden	d 218, f 95, i 16	▶ 329
<input type="checkbox"/> Einverstanden	d 150, f 47, i 7	▶ 204

Die deutliche Mehrheit der Richterschaft (ca. 60%) wünscht sich, dass die Abbildung des ganzen Spektrums der Gesellschaft anders als über den Parteienproporz gesucht wird.

f) «Gerade bei politisch brisanten Entscheiden wäre mir lieber, meine eigene Parteizugehörigkeit wäre nicht publik.»

<input type="checkbox"/> Nicht einverstanden	d 180, f 40, i 7	▶ 227
<input type="checkbox"/> Eher nicht einverstanden	d 104, f 36, i 4	▶ 144
<input type="checkbox"/> Keine Meinung / Keine Angabe	d 148, f 50, i 13	▶ 221
<input type="checkbox"/> Eher einverstanden	d 106, f 42, i 7	▶ 165
<input type="checkbox"/> Einverstanden	d 99, f 48, i 5	▶ 152

Hier sind keine klaren Schlüsse möglich. Es wurde sehr unterschiedlich geantwortet.

g) «Weil das derzeitige Bestellungssystem zu unberechenbar ist, entgehen der Justiz in erheblichem Ausmass hervorragend geeignete Berufsleute, sei das weil sie auf eine ungünstige parteipolitische Konstellation treffen oder sich schon von Anfang gegen diese Karriere entscheiden.»

<input type="checkbox"/> Nicht einverstanden	d 61, f 16, i 3	▶ 80
<input type="checkbox"/> Eher nicht einverstanden	d 102, f 36, i 5	▶ 143
<input type="checkbox"/> Keine Meinung / Keine Angabe	d 41, f 36, i 1	▶ 68
<input type="checkbox"/> Eher einverstanden	d 228, f 77, i 16	▶ 321
<input type="checkbox"/> Einverstanden	d 228, f 52, i 11	▶ 291

Rund 2/3 erkennt ein Rekrutierungsproblem darin, dass wegen fehlender Planbarkeit gute Leute verloren gehen.

h) «Es sollte sichergestellt werden, dass auch parteiunabhängige Kandidatinnen und Kandidaten eine echte Wahlchance haben.»

<input type="checkbox"/> Nicht einverstanden	d 58, f 6, i 0	▶ 64
--	----------------	------

<input type="checkbox"/> Eher nicht einverstanden	d 51, f 13, i 1	▶ 65
<input type="checkbox"/> Keine Meinung / Keine Angabe	d 32, f 12, i 3	▶ 47
<input type="checkbox"/> Eher einverstanden	d 154, f 64, i 6	▶ 224
<input type="checkbox"/> Einverstanden	d 352, f 122, i 26	▶ 500

Über 80% spricht sich dafür aus, dass auch parteiunabhängige Kandidaturen eine echte Wahlchance haben sollten. Nur gerade 7% wollen diese faktische Zugangsschranke klar erhalten.

4. Erhöhen (bzw. erhöhten) sich in Ihrer Situation die Karrierechancen, wenn man sich innerhalb der Partei aktiv beteiligt(e) (aktive Teilnahme an Partei- anlässen, Standaktionen, politisches Amt etc.)?

<input type="checkbox"/> Nein, das bleibt klar ohne jeden Einfluss.	d 91, f 45, i 1	▶ 137
<input type="checkbox"/> Eher Nein	d 137, f 38, i 5	▶ 180
<input type="checkbox"/> Nicht anwendbar auf meine Konstellation	d 98, f 46, i 10	▶ 154
<input type="checkbox"/> Eher Ja	d 213, f 52, i 14	▶ 289
<input type="checkbox"/> Ja, sogar explizit	d 111, f 26, i 6	▶ 143

Diese Frage ergab keine eindeutige Antwort. Die gelebte Praxis resp. das individuelle Empfinden scheint heterogen. Parteipolitisches Engagement scheint aber von einer Mehrheit als karrierefördernd eingeschätzt zu werden.

5. Finden Sie, dass bei der Richterauswahl die fachliche und persönliche Qualifikation genügend Gewicht hat im Vergleich mit der Bedeutung der Parteimitgliedschaft?

<input type="checkbox"/> Nein	d 145, f 34, i 3	▶ 182
<input type="checkbox"/> Eher Nein	d 245, f 87, i 13	▶ 345
<input type="checkbox"/> Keine Angabe	d 27, f 11, i 2	▶ 40
<input type="checkbox"/> Eher Ja	d 163, f 71, i 18	▶ 252
<input type="checkbox"/> Ja, das bisherige System sollte beibehalten werden	d 69, f 14, i 0	▶ 83

Eine deutliche Mehrheit (knapp 60%) scheint Verbesserungspotential im Rekrutierungsprozess zu sehen in dem Sinne, dass der Parteimitgliedschaft aktuell zu viel Gewicht zukommt. 35% scheinen das bisherige System eher erhalten zu wollen.

II. Amtszeit / Wiederwahl

Der zweite Teil zielt darauf, wie lange eine Amtsperiode sein soll.

1. Angenommen, Sie stehen kurz vor der Wiederwahl und haben einen Entschluss von politischer Brisanz und öffentlichem Interesse zu treffen: Sind Sie der Meinung, dass in dieser Konstellation Ihre richterliche Unabhängigkeit tangiert sein könnte?

- | | | |
|---|-------------------|-------|
| <input type="checkbox"/> Nein. Damit kommt man in dieser Rolle einfach zurecht. | d 241, f 97, i 18 | ▶ 183 |
| <input type="checkbox"/> Eher Nein | d 137, f 41, i 4 | ▶ 182 |
| <input type="checkbox"/> Keine Angabe | d 37, f 32, i 8 | ▶ 77 |
| <input type="checkbox"/> Eher Ja | d 178, f 32, i 5 | ▶ 215 |
| <input type="checkbox"/> Ja, ganz klar | d 52, f 13, i 1 | ▶ 66 |

Rund die Hälfte der Antwortenden sieht ihre subjektive Unabhängigkeit nicht ernsthaft in Gefahr. Dass aber über 40% Vorbehalte anbringen, lässt aufhorchen. Rund 30% haben diese Frage nicht beantwortet oder keine Angaben gemacht.

2. Soll die Wiederwahl von Richterinnen und Richter allgemein abgeschafft werden zu Gunsten der Einmalwahl (bis zum ordentlichen Pensionsalter) mit Abberufungsregeln (bei schweren Amtspflichtverletzungen oder Unmöglichkeit, das Amt weiter auszuüben)?

- | | | |
|--|-------------------|-------|
| <input type="checkbox"/> Nein | d 85, f 18, i 7 | ▶ 110 |
| <input type="checkbox"/> Eher Nein | d 89, f 19, i 6 | ▶ 114 |
| <input type="checkbox"/> Ich bin indifferent in dieser Frage | d 58, f 10, i 4 | ▶ 72 |
| <input type="checkbox"/> Eher Ja | d 193, f 56, i 18 | ▶ 267 |
| <input type="checkbox"/> Ja | d 220, f 113, i 1 | ▶ 334 |

Eine deutliche Mehrheit, 64%, würde die periodische Wiederwahl abschaffen (oder eher abschaffen) zu Gunsten einer Einmalwahl mit Abberufungsmöglichkeit.

3. Soll die Wiederwahl von Richterinnen und Richter des Bundesgerichts abgeschafft werden zu Gunsten einer Einmalwahl (bis zur Alterspensionierung bzw. bis zum gesetzlich festgelegten Amtsende) mit Abberufungsregeln (bei schweren Amtspflichtverletzungen oder der Unmöglichkeit, das Amt

weiter auszuüben)?

<input type="checkbox"/> Nein	d 8, f 17, i 7	▶ 112
<input type="checkbox"/> Eher Nein	d 72, f 17, i 9	▶ 98
<input type="checkbox"/> Ich bin indifferent in dieser Frage	d 49, f 17, i 3	▶ 69
<input type="checkbox"/> Eher Ja	d 190, f 62, i 16	▶ 268
<input type="checkbox"/> Ja	d 246, f 103, i 1	▶ 350

Sogar noch etwas deutlicher sieht es mit Blick aufs Bundesgericht aus: 66% der Antwortenden sprechen sich diesbezüglich für eine Einmalwahl mit Abberufungsmöglichkeit aus.

III. Mandatsabgaben

Der dritte Teil befasst sich mit den sog. Mandatsabgaben («Parteisteuern»).

1. Fällt es Ihnen schwer, gegenüber aussenstehenden Personen zu erklären, warum Sie, um als Richter(in) tätig sein zu können, einer politischen Partei Geldbeiträge leisten (müssen)?

<input type="checkbox"/> Nein	d 79, f 6, i 2	▶ 87
<input type="checkbox"/> Eher Nein	d 64, f 19, i 6	▶ 99
<input type="checkbox"/> Keine Angabe / Trifft für mich nicht zu	d 58, f 74, i 3	▶ 135
<input type="checkbox"/> Eher Ja	d 185, f 42, i 14	▶ 241
<input type="checkbox"/> Ja	d 259, f 74, i 11	▶ 344

Einer deutlichen Mehrheit der betroffenen Richterinnen und Richter – rund $\frac{3}{4}$ – fällt es schwer, Aussenstehenden zu erläutern, dass sie zur Ausübung ihres Berufs einer politischen Partei Geld zahlen (müssen).

2. Würden Sie sich Sorgen betreffend eine Wiederwahl machen, wenn Sie ablehnen würden, die Mandatsabgabe zu bezahlen?

<input type="checkbox"/> Nein	d 54, f 14, i 6	▶ 74
<input type="checkbox"/> Eher Nein	d 70, f 18, i 13	▶ 101
<input type="checkbox"/> Keine Angabe	d 86, f 115, i 5	▶ 206
<input type="checkbox"/> Eher Ja	d 205, f 37, i 8	▶ 250
<input type="checkbox"/> Ja	d 229, f 30, i 4	▶ 263

Eine überwiegende Mehrheit der betroffenen Richterschaft (ca. ¾) scheint die Mandatsabgabe nicht als freiwilligen Beitrag anzusehen, sondern vielmehr als festen Preis für ihre (reibungslose) Wiederwahl.

3. Bitte geben Sie an, was Sie von den folgenden Aussagen halten:

a) «Das Zahlen von Mandatsabgaben halte ich *in subjektiver Hinsicht* für unproblematisch – eine Richterperson lässt sich dadurch in der Entscheidungsfindung nicht effektiv beeinflussen.»

- | | | |
|---|-------------------|-------|
| <input type="checkbox"/> Nicht einverstanden | d 39, f 36, i 6 | ▶ 81 |
| <input type="checkbox"/> Eher nicht einverstanden | d 42, f 21, i 0 | ▶ 68 |
| <input type="checkbox"/> Keine Meinung / Keine Angabe | d 35, f 26, i 3 | ▶ 64 |
| <input type="checkbox"/> Eher einverstanden | d 218, f 66, i 12 | ▶ 296 |
| <input type="checkbox"/> Einverstanden | d 311, f 65, i 10 | ▶ 386 |

Die überwiegende Mehrheit (72%) fühlt sich durch die Mandatssteuer subjektiv in ihrer Entscheidungsfindung nicht beeinflusst. Dass aber ca. 18% kritisch Stellung dazu nehmen, erstaunt.

b) «In den Augen der Bevölkerung erscheint es mit Blick auf die Unabhängigkeit (beziehungsweise die Wahrnehmung derselbigen) problematisch, wenn Richterinnen und Richter der politischen Partei, die sie für das Amt vorgeschlagen hat, Geldbeiträge (Mandatsabgaben) entrichten.»

- | | | |
|---|--------------------|-------|
| <input type="checkbox"/> Nicht einverstanden | d 35, f 4, i 2 | ▶ 41 |
| <input type="checkbox"/> Eher nicht einverstanden | d 35, f 7, i 2 | ▶ 44 |
| <input type="checkbox"/> Keine Meinung / Keine Angabe | d 20, f 13, i 0 | ▶ 34 |
| <input type="checkbox"/> Eher einverstanden | d 207, f 68, i 19 | ▶ 294 |
| <input type="checkbox"/> Einverstanden | d 348, f 123, i 12 | ▶ 483 |

Die ganz überwiegende Mehrheit aller Antwortenden (83%) findet, dass die Mandatssteuerpflicht die Aussenwirkung in Bezug auf ihre Unabhängigkeit negativ tangiert.

c) «Der Gesetzgeber sollte Mandatsabgaben für unzulässig erklären.»

- | | | |
|--|----------------|------|
| <input type="checkbox"/> Nicht einverstanden | d 63, f 7, i 2 | ▶ 72 |
|--|----------------|------|

<input type="checkbox"/> Eher nicht einverstanden	d 34, f 11, i 7	▶ 52
<input type="checkbox"/> Keine Meinung / Keine Angabe	d 75, f 30, i 6	▶ 111
<input type="checkbox"/> Eher einverstanden	d 150, f 60, i 12	▶ 222
<input type="checkbox"/> Einverstanden	d 323, f 107, i 9	▶ 439

Die überwiegende Mehrheit der Richterschaft (ca. $\frac{3}{4}$) befürwortet ein gesetzliches Verbot der Mandatsabgaben.

d) «Das System der Mandatsabgaben braucht nicht reformiert zu werden:

... weil kein besseres System für die Parteienfinanzierung ersichtlich ist.»

<input type="checkbox"/> Nicht einverstanden	d 394, f 137, i 12	▶ 543
<input type="checkbox"/> Eher nicht einverstanden	d 107, f 33, i 11	▶ 151
<input type="checkbox"/> Keine Meinung / Keine Angabe	d 59, f 37, i 4	▶ 100
<input type="checkbox"/> Eher einverstanden	d 47, f 5, i 7	▶ 59
<input type="checkbox"/> Einverstanden	d 33, f 2, i 1	▶ 36

Der Behauptung, dass das System der Mandatsabgaben nicht reformiert werden müsse, weil kein besseres System der Parteienfinanzierung ersichtlich sei, widersprechen gegen 80% der Befragten.

... aus anderen Gründen.»

<input type="checkbox"/> Nicht einverstanden	d 336, f 104, i 14	▶ 454
<input type="checkbox"/> Eher nicht einverstanden	d 55, f 28, i 4	▶ 87
<input type="checkbox"/> Keine Meinung / Keine Angabe	d 246, f 64, i 11	▶ 221
<input type="checkbox"/> Eher einverstanden	d 30, f 7, i 2	▶ 39
<input type="checkbox"/> Einverstanden	d 27, f 5, i 0	▶ 32

Auch sonst werden mehrheitlich keine Gründe dafür gesehen, das bisherige System der Mandatsabgaben zu erhalten. Gegen 2/3 der Befragten äussern sich kritisch und etwa 1/3 enthält sich hier einer Meinungskundgabe oder hat die Frage nicht beantwortet. Ein Reformbedarf wird damit deutlich bejaht.

e) «Ein gesetzliches Unterbinden der Mandatsabgaben wäre ein positives Zeichen für die Garantie einer unabhängigen Justiz.»

<input type="checkbox"/> Nicht einverstanden	d 58, f 7, i 6	▶ 71
--	----------------	------

- | | | |
|---|-------------------|-------|
| <input type="checkbox"/> Eher nicht einverstanden | d 55, f 8, i 9 | ▶ 72 |
| <input type="checkbox"/> Keine Meinung / Keine Angabe | d 39, f 24, i 4 | ▶ 67 |
| <input type="checkbox"/> Eher einverstanden | d 195, f 70, i 12 | ▶ 277 |
| <input type="checkbox"/> Einverstanden | d 297, f 104, i 5 | ▶ 406 |

Rund $\frac{3}{4}$ würden die Unabhängigkeit der Justiz als gestärkt betrachten, wenn die Mandatsabgaben gesetzlich unterbunden würden.

4. Wurden seitens Ihrer Parteien schon einmal explizit oder implizit Druck ausgeübt, die Mandatsabgabe zu erhöhen?

- | | | |
|-------------------------------|--------------------|-------|
| <input type="checkbox"/> Nein | d 472, f 150, i 30 | ▶ 652 |
| <input type="checkbox"/> Ja | d 153, f 39, i 3 | ▶ 195 |

Immerhin beinahe ein Viertel aller antwortenden Richterpersonen wurde schon einmal implizit oder gar explizit unter Druck gesetzt in Bezug auf eine *Erhöhung* der Mandatsabgaben. Knapp 10% haben die Frage nicht beantwortet.

IV. Abschliessend

Der letzte Teil befasst sich allgemein mit dem weiteren Vorgehen:

1. Was halten Sie von folgender Aussage?

«Allgemein ist die Unabhängigkeit der Justiz gut abgesichert und genießt das Vertrauen der Bevölkerung. Es gibt daher keinen Bedarf, daran etwas zu ändern, sei das in Bezug auf die Besetzung der Richterstellen und/oder die Mandatsabgaben.»

- | | | |
|---|-------------------|-------|
| <input type="checkbox"/> Ja, dem stimme ich zu. | d 59, f 17, i 5 | ▶ 81 |
| <input type="checkbox"/> Dem stimme ich teilweise zu, jedenfalls sehe ich keinen Bedarf an Änderungen. | d 94, f 18, i 7 | ▶ 119 |
| <input type="checkbox"/> Ich habe dazu keine Meinung. / Keine der Antworten passt für mich. | d 96, f 39, i 11 | ▶ 146 |
| <input type="checkbox"/> Dem stimme ich eher nicht zu. Ich befürchte aber, dass es nur schlechter käme. | d 104, f 42, i 10 | ▶ 156 |
| <input type="checkbox"/> Nein, dem stimme ich nicht zu. Es besteht klar Handlungsbedarf. | d 288, f 98, i 3 | ▶ 389 |

Die Antworten ergeben ein recht klares Bild; die grösste Gruppe (über 40%) erkennt ohne Wenn und Aber Handlungsbedarf. Gleichzeitig befürchtet die zweitgrösste Gruppe (rund 1/5 der Stellungnahmen), dass es bei einer Änderung nur schlechter käme.

2. Sind Sie Mitglied der Schweizerischen Richtervereinigung?

- | | | |
|-------------------------------|--------------------|-------|
| <input type="checkbox"/> Ja | d 333, f 80, i 10 | ▶ 423 |
| <input type="checkbox"/> Nein | d 303, f 133, i 24 | ▶ 460 |

Knapp die Hälfte der Antwortenden zählt sich zum Kreis der Vereinsmitglieder.

3. Wenn Sie Mitglied sind: Finden Sie, die Schweizerische Richtervereinigung sollte sich weiterhin (und allenfalls noch vehementer) für eine Reform des bisherigen Systems (Richterauswahl, Amtszeit und/oder Mandatsabgaben) einsetzen?

- | | | |
|---|------------------|-------|
| <input type="checkbox"/> Nein | d 20, f 2, i 1 | ▶ 23 |
| <input type="checkbox"/> Eher Nein | d 19, f 8, i 3 | ▶ 30 |
| <input type="checkbox"/> Da enthalte ich mich der Stimme. | d 88, f 39, i 6 | ▶ 133 |
| <input type="checkbox"/> Eher Ja | d 96, f 40, i 10 | ▶ 146 |
| <input type="checkbox"/> Ja | d 218, f 58, i 8 | ▶ 284 |

(Offensichtlich haben sich nicht nur Vereinsmitglieder hierzu geäussert – das Total von 483 übersteigt die Zahl jener, die zuvor eine Mitgliedschaft bejahten.) Die Stimmen, die auf Zurückhaltung in diesem Thema zielen, stellen eine kleine Minderheit dar. Grossmehrheitlich scheint ein Reformkurs von der Mitgliederbasis (weiterhin) getragen zu werden. Allgemein scheint in der Richterschaft mehrheitlich die Hoffnung zu bestehen, dass sich die SVR-ASM weiterhin für eine Reform einsetzt.

<http://www.svr-asm.ch>